

**“...für Verfassung, Freiheit, Recht und Wohlstand”**  
**Liberalismus und Parteibildung in Kurhessen 1830-1850<sup>1</sup>**

Matthias Gums

“*Politische Partheien*”, so hieß es in einer Flugschrift des Kasseler Staatsrechtlers Wilhelm Seelig vom Frühjahr 1848, “*sind nothwendig in einem gesunden Staatsleben.*” Und er fuhr fort: “*Pflicht* eines jeden Bürgers ist es also, eine bestimmte politische Meinung bei sich zu entwickeln und ihr gemäß sich einer Parthei anzuschließen.”<sup>2</sup> - Ganz offensichtlich war auch in Kurhessen, jenem berüchtigten Musterland vormärzlicher Repression, der “Parteienfrühling” ausgebrochen, und der Begriff der Partei schien jetzt das Odium unstatthafter Cliqueswirtschaft verloren zu haben, welches ihm bis dahin anhaftete. Überdies fällt jedoch auf, dass Seelig in diesem frühen Stadium der Revolution nicht zur *Parteibildung*, sondern zum *Parteibeitritt* aufforderte, was bedeuten würde, dass bereits vor der Revolution Parteien im Kurstaat bestanden. Tatsächlich unterschied Seelig schon jetzt zwischen einer “demokratisch- monarchischen” und einer “rein demokratischen” oder “republikanischen” Partei.

Das ist nicht unwichtig, herrscht doch innerhalb der Parteienforschung über die Frage, von welchem Zeitpunkt an in Deutschland überhaupt von Parteien gesprochen werden kann, wenig Einigkeit. Denn wodurch definiert sich Partei? Ist schon allein die politische Gesinnungsverwandtschaft einer Gruppe von Menschen hinreichendes Indiz dafür, dass es sich bei dieser Gruppe um eine Partei handelt? Dann ließen sich die Wurzeln der Parteien mühelos bis in das 18. Jahrhundert zurückverfolgen. Oder muß eine Partei ein festes Organisationsgerüst aufweisen, also über Programm und Satzung, Vorstand und Ausschüsse, Orts- und Landesvereine sowie womöglich über eine eigene Fraktion im Landes- oder Gesamtstaatsparlament verfügen? Dann müsste in der Tat die Revolution von 1848 als die Geburtsstunde der deutschen Parteien genannt werden. Legte man freilich jene Organisationskriterien strenger aus, könnte man sogar erst für die Gründungsphase des Kaiserreichs den eigentlichen Durchbruch der Parteien konstatieren, und 1848 wäre allenfalls Vorgeschichte gewesen. Demgegenüber sieht ein drittes Modell das Entstehen politischer Parteien unmittelbar an das Entstehen parlamentarischer Institutionen gekoppelt. Folglich müssten sich die Parteien spätestens seit der napoleonischen Epoche in Deutschland nachweisen lassen.

---

<sup>1</sup> Geringfügig bearbeitete Fassung des gleichlautenden Vortrags am 18.02.2004 im Eulensaal der Murhardschen Bibliothek zu Kassel. Im folgenden werden lediglich die Quellenzitate nachgewiesen. Zu Literatur und Forschungsstand vgl. meine Dissertation “Von der Bewegung zur Partei. Liberalismus in Kurhessen 1847-1850”. Kassel 2001.

<sup>2</sup> W. Seelig: Die Partheien. Ein Wort zur Verständigung und Ermahnung, Kassel 1848, S. 3 (Hervorhebungen im Original); Flugschriftensammlung der UB Marburg.

Zumindest für das Kurfürstentum Hessen scheint die letztgenannte These nicht abwegig zu sein. Denn der Kurstaat besaß seit 1831 Verfassung und Kammer, und prompt - das belegen neuere Studien zur Frühphase der kurhessischen Verfassungszeit - bildeten sich Parteien, kam es zu Wahlabsprachen, spiegelte sich alsbald das Parteienspektrum im Landtag wider. Freilich nicht so ausdifferenziert wie kaum achtzehn Jahre später, aber dennoch deutlich geschieden in eine gouvernementale Regierungs- und eine liberale Oppositionspartei, wobei letztere frühzeitig einen "entschieden liberalen" und einen "gemäßigt liberalen" Flügel ausbildete. Und außerhalb der Kammer? Der Deutsche Bund hatte in Reaktion auf das Hambacher Fest 1832 ein klares Parteienverbot ausgesprochen. Entsprechend agierten die Parteien im Verborgenen, wichen aus in den privaten Raum, in Bürgerstube, Verein und Lesekabinett, bis die Revolution mit Presse-, Versammlungs- und Assoziationsfreiheit der Phase konspirativer Parteitätigkeit ein Ende machte und der freien organisatorischen Parteientwicklung und politischen Differenzierung ihren Lauf ließ. Die folgenden Ausführungen sollen diesen Prozess im Kurfürstentum Hessen beleuchten. Dabei soll in einem ersten Abschnitt das vormärzliche Vereins- und Parteiwesen umrissen werden. Der zweite Abschnitt schildert sodann die Konstituierungsphase der kurhessischen Parteivereine im Zuge von Regierungswechsel und Nationalwahlen während des Frühjahrs 1848. Im dritten Abschnitt sollen schließlich programmatisches Profil und Mobilisierungsgrad der Parteien während der Revolution dargestellt werden.

## I

Der Verein als neue soziale Organisationsstruktur der sich formierenden Bürgerlichen Gesellschaft war seit dem späten 18. Jahrhundert zunehmend an die Stelle altständischer Korporationsordnung getreten. Im Laufe des Vormärz und verstärkt in den 1840er Jahren war in weiten Teilen Deutschlands aus der Vereinsbereitschaft "eine Art Vereinsleidenschaft geworden" (Th. Nipperdey). Vorwiegend in den größeren Städten des Deutschen Bundes waren bald verschiedenste Vereinsorganisationen entstanden, die die städtische Gesellschaft mehr oder minder schichtenübergreifend durchdrangen. Das Spektrum erstreckte sich dabei vom geselligen Bürgerverein über die Lesegesellschaften bis hin zu Gesangs- und Turnvereinen oder Wohltätigkeits- und Sparkassenvereinen. Es verwundert daher nicht, dass der Verein auch bei der politischen Formierung der Gesellschaft eine wichtige Rolle spielte. Und auch hier bildete das Kurfürstentum keine Ausnahme. Allein die Zahl der geselligen Vereine lässt sich für den gesamten Vormärzzeitraum mit etwa 60 beziffern, drei Viertel davon in den größeren Städten Kassel, Hanau, Marburg und Fulda. Nimmt man die Turn- und Gesangsvereine hinzu, so

ergibt sich die stattliche Zahl von mehr als 100 Vereinen, die sich bereits für die Jahre vor der Revolution nachweisen lassen.

Das ist durchaus beachtlich für diesen agrarisch-kleingewerblich geprägten Mittelstaat kleineren Zuschnitts, bedenkt man, dass Ende der 1840er Jahre allenfalls der vierte Teil seiner Dreiviertelmillion Einwohner in den Städten beheimatet war. Die Residenz Kassel hatte dabei mit etwa 36.000 Einwohnern den Status einer Metropole; schon das von der Größe her an zweiter Stelle rangierende frühindustrielle Hanau wies nurmehr 15.000 Menschen auf. Die Mehrzahl bildeten jedoch Klein- und Ackerbürgerstädte mit zumeist weniger als 3.000 Einwohnern. Doch selbst dort etablierten sich vereinzelt bürgerlich-gesellige Vereine; so etwa der 1824 gegründete Allendorfer *Gesellschaftsverein*, die *Privat-Gesellschaft* Grebenstein von 1839 oder das *Casino* zu Wanfried, dessen Gründung vermutlich auf die frühen 1830er Jahre zurückging.

Unmittelbar vor und nach Verkündung der kurhessischen Verfassung im Januar 1831 hatten sich dann Vereine gebildet, die einen dezidiert politischen Zweck verfolgten. Der Hanauer *Privatverein* war bereits im September 1830 als Forum der bürgerlich-liberalen Verfassungsbewegung in der Mainstadt gegründet worden. Er muss daher wohl als der älteste politische Verein im Kurfürstentum angesehen werden. Wegen seiner politischen Ausrichtung wurde der *Privatverein* schon bald wieder verboten. Das gleiche Schicksal ereilte die *Gesellschaft zur Aufrechthaltung der Verfassung*, die sich gleichfalls in Hanau 1832 konstituiert hatte. Auch der Eschweger *Abendverein*, der sich in seinen Statuten der "Einführung [seiner] Glieder in das konstitutionelle Leben"<sup>3</sup> verpflichtet hatte, musste sich noch im Jahr seiner Gründung 1832 auf Weisung der Behörden hin auflösen.

Fraglos politischen Charakter besaßen ferner die sogenannten *Polenhilfskomitees*, kurz *Polenvereine*, die sich im Zuge des polnischen Freiheitskampfes 1830/31 in den vier Provinzhauptstädten Kassel, Marburg, Fulda und Hanau gebildet hatten. Denn in die Solidaritätskundgebungen für den nationalen Befreiungskampf des polnischen Volkes gegen das despotische Russland konnten geschickt auch deutsche Freiheits- und Einheitssehnsucht eingeflochten werden. Und auch der sogenannte *Preß- und Vaterlandsverein*, der kurz nach dem Hambacher Fest als grenzüberschreitende ultraliberale Organisation begründet worden war und von der Pfalz aus bis in den süd- und mitteldeutschen Raum hinein mehr als 100 Filialvereine etablierte, vermochte in Kassel, Marburg, Hanau und Bockenheim Fuß zu fassen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass all diese Versuche offener politisch-liberaler Parteiorganisation nur vereinzelt und kurzlebige Projekte darstellten und schon bald obrigkeitlichem Verbot anheim fielen.

---

<sup>3</sup> Hessisches Staatsarchiv Marburg (=StAM) 17g 33 Nr.1; zu den beiden Hanauer Vereinen vgl. StAM 82c Nr.534.

Doch dadurch ließen sich die Anhänger der “Bewegungspartei”, wie die Frühliberalen bisweilen genannt wurden, nicht beirren, geschweige denn, dass sie resignierten. Politischer Diskurs konnte auch im geselligen Verein stattfinden, selbst wenn die Statuten demonstrativ “politische Unterhaltung und dergleichen”<sup>4</sup> untersagten oder gar “jede Aeußerung über Politik [mit] Ausstoßung aus des Vereines Mitte”<sup>5</sup> ahndeten. Solche Maßregeln dienten jedoch wohl eher dazu, den Argwohn der Behörden zu zerstreuen.

Ihrer formellen inneren Struktur nach unterschieden sich die kurhessischen Vereine dieser Art kaum von ihren Pendants in anderen -vornehmlich südwestdeutschen-Städten des Bundes. Dabei schienen die Hanauer Vereine prinzipiell offener als die Gesellschaften der Residenz zu sein, was die Mitgliedschaft verschiedener Gesellschaftsschichten betraf. In Kassel schloss man sich entschiedener nach unten hin ab. Der Besitz des Bürgerrechts sowie der “erforderliche Grad von Bildung”<sup>6</sup> waren dabei noch maßvolle Kriterien. Der Kasseler *Abend-Verein* von 1824 präziserte in seinen Statuten von 1833 die Erfordernisse für eine Mitgliedschaft dahingehend, dass die Aspiranten “vermöge ihrer bürgerlichen Stellung selbstständig und von Privatdienstverhältnissen unabhängig sind.”<sup>7</sup> Damit waren kleinere Angestellte und Handwerksgesellen von vornherein ausgeschlossen. Die Höhe der Aufnahmegebühren konnte ebenfalls regulierend wirken. Und auch hier waren in der Hauptstadt durchgehend höhere Beiträge als in Hanau zu entrichten.

Das christliche Glaubensbekenntnis tauchte dagegen in keinem der Statutenwerke als eintrittsberechtigendes Kriterium auf. Indessen bedeutete dies keineswegs, dass etwa jüdischen Bewerbern die Mitgliedschaft ohne weiteres gewährt wurde. Unausgesprochen konnten hier bisweilen die Grenzen allgemeinbürgerlichen Integrationswillens zutage treten. So schrieben die Direktoren des ausschließlich von Juden besuchten Kasseler Vereins *Ressource* mit Bitte um weitere Zulassung im September 1821 an die Behörden: "Wenn unsere Gesellschaft nicht existirte, dürfte der größte Theil ihrer Mitglieder auf die Unterhaltung und Erholung, welche sie darbietet, ganz verzichten müssen, indem sie zu ihrer Aufnahme in andere Gesellschaften große Schwierigkeiten finden, und im Falle solche auch hinweggeräumt wären, vielleicht nicht diejenige Freundlichkeit und das gesellige Zuvorkommen und Wohlwollen finden möchten, welche allein dem Bürger einen Unterhaltungsverein wünschenswerth machen können."<sup>8</sup> Offenbar änderte sich bis zum Ausbruch der Revolution an diesem

---

<sup>4</sup> § 2 der Statuten des Hanauer *Casinos* von 1841, StAM 24f Nr.87.

<sup>5</sup> § 2 der Statuten der Hanauer Gesellschaft *Zur Einigkeit* von 1845, ebd.

<sup>6</sup> § 41 der Statuten des Kasseler *Bürger-Casinos* von 1818, StAM 24b Nr.143.

<sup>7</sup> § 39, StAM 24b Nr.143.

<sup>8</sup> StAM 24b Nr.143.

unterschwellig-gespannten Verhältnis nur wenig. Noch zur Jahreswende 1847/48, als die Ständeversammlung über einen möglichen Rückbau der Emanzipationsgesetze debattierte, schlossen sich mehrere jüdische Bürger zur *Clubb-Gesellschaft* in Hoof zusammen, einem Ort von damals kaum 1000 Einwohnern.

Die Größe der geselligen Vereine im Kurfürstentum schwankte zum Teil erheblich, die mitgliederstärksten fanden sich freilich in den Provinzhauptstädten. Der Kasseler *Abend-Verein* umfasste bereits Ende der 1820er Jahre zusammen mit seiner "Abteilung" eines eigenen *Damen-Vereins* etwa 350 Mitglieder. *Bürger-Verein* und *Museum* in Marburg waren 1831/32 gegründet worden und zählten ebenfalls jeweils 300 bis 400 Mitglieder. Und auch der Fuldaer *Bürgerverein* von 1832 hatte deren 160. Doch waren dies die Ausnahmen. Bei allen übrigen Vereinen überstieg die Mitgliederzahl kaum die 50, zumeist bewegte sie sich zwischen einem und drei Dutzend Mitgliedern.

Indessen entwickelten sich der Kasseler *Abendverein*, die Hersfelder *Vereinsgesellschaft* sowie der Hanauer *Abendsverein im Gasthaus zur Großen Krone* rasch zu Zentren der bürgerlich-liberalen Opposition am Vorabend der Revolution.

Der Hanauer *Abendsverein im Gasthaus zur Großen Krone* hatte etwa noch im Januar 1848 unter maßgeblicher Leitung des liberalen Hanauer Oberbürgermeisters und späteren Märzministers Bernhard Eberhard eine große Verfassungsfeier veranstaltet. Dabei waren solche Feiern wegen der damals im Kurstaat schwelenden Verfassungskrise erstmals ausdrücklich verboten worden. Etwa zeitgleich schritt die Regierung gegen den Kasseler *Abendverein* ein, da führende Mitglieder des Vereins - unter diesen auch Landtagsabgeordnete- im Rahmen eines Banketts zweideutige Toasts auf die Staats- und Bundesorgane ausgebracht hatten (etwa: "den Nachtwächtern bei Nacht und nicht den Nachtwächtern bei Tage"; eine Anspielung auf den Deutschen Bundestag zu Frankfurt). In Hersfeld war es schon Mitte der 1840er Jahre zu erheblichen Spannungen zwischen den konservativ - gouvernementalen und den linksliberalen Mitgliedern der dortigen *Vereinsgesellschaft* gekommen. Anlass war hier die Deutschkatholikenfrage gewesen, denn führende liberale Vereinsmitglieder hatten sich mit den religiösen Dissidenten solidarisiert. Anfang 1847 kam es dann zum offenen Bruch; der konservative Flügel verließ den Verein und konstituierte sich als *Casino*. Kurz darauf berichtete der Hersfelder Polizeidirektor erbost über die *Vereinsgesellschaft*, jenen "Tummelplatz revolutionärer Leidenschaften", dort bezeichne man bereits "mit unvergleichlicher Zuversicht [...] die Kandidaten für die nächste Ständewahl."<sup>9</sup> Der Parteicharakter dieses Vereins war somit kaum mehr von der Hand zu weisen.

Doch auch in Marburg waren die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Vereinslandschaft eskaliert. Hier, in der rund 8.000 Einwohner zählenden

---

<sup>9</sup> StAM 16 Rep.VII Kl.12 Nr.50.

Universitätsstadt des Kurfürstentums bestanden vor der Revolution insgesamt fünf gesellige Vereine. Der größte von ihnen war zweifellos der *Bürgerverein*, der sich im Februar 1831 konstituiert hatte und zeitweilig an die 400 Mitglieder -und zwar Bürger und Studenten- zählte. Hier trafen sich zahlreiche führende Persönlichkeiten der späteren liberalen und demokratischen 1848er Bewegung. Ehrenmitglied war der liberale Marburger Staatsrechtler Sylvester Jordan, der, wenn nicht der Vater, so doch ein wichtiger Geburtshelfer der kurhessischen Verfassung gewesen war. Auch Heinrich Henkel, nachmals volkstümlich liberaler Wortführer der Kammeropposition und Friedrich Oetker, der 1848 mit der *Neuen Hessischen Zeitung* das Parteiblatt der Liberal-Konstitutionellen im Kurstaat herausgab, waren in jungen Jahren Mitglieder des Marburger *Bürgervereins*. Spätere Exponenten der Revolution in Marburg selbst hatten sich freilich gleichfalls in den 30er und 40er Jahren dem *Bürgerverein* angeschlossen. Kaufmann Eberhard etwa, 1848 zunächst Parteigänger der Liberalen, oder Schuhmachermeister Christian Bamberger, der zu den entschiedenen Demokraten zählte; wie übrigens auch Leopold Eichelberg, Arzt und Mitverschworener Georg Büchners, was ihm eine mehrjährige Haftstrafe einbringen sollte. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass der *Bürgerverein*, trotz seines honorigen Namens, alles andere als ein obrigkeitshöriger Zusammenschluss war.

Diese Funktion hatte wohl eher der Marburger *Club* inne. Denn im *Club* versammelten sich vorzugsweise konservativere Professoren und Staatsbeamte; Studenten waren hingegen nicht zugelassen. 1842 fusionierte man dann mit dem *Akademischen Lesemuseum*, auch *Lesemuseum* genannt, einem Verein, dessen Mitglieder sich besonders aus der jüngeren Professorenschaft rekrutierten, und dessen Lesekabinett auch staatskritische Bücher und Zeitschriften bereithielt. Neben Jordan gehörte dem *Lesemuseum* etwa der linksliberale Nationalökonom und spätere Paulskirchenabgeordnete Bruno Hildebrand an. Ferner der Neumarburger Historiker Heinrich von Sybel, damals gleichermaßen noch im linksliberalen Spektrum anzusiedeln, sowie der Philosophieprofessor und spätere Radikaldemokrat Karl Theodor Bayrhoffer. Polizeidirektor Wangemann, *Clubmitglied* und antiliberal, räumte später ein, Ziel jener Vereinigung beider Vereine sei es schließlich gewesen, dem *Lesemuseum* konservative Gegenkräfte zuzuführen. Folglich ließen die Konflikte zwischen beiden Parteien nach Abschluss der Vereinsfusion nicht lange auf sich warten. Zunächst veranlassten die Konservativen die Entfernung eines Porträts Sylvester Jordans aus dem Lesekabinett. Denn der liberale Professor saß mittlerweile als Staatsfeind im Gefängnis. Das führte zu Protesten der liberalen Vereinsmitglieder, die ihrerseits den Ausschluss Wangemanns aus dem Verein forderten, da "seine Gegenwart

d[er] Freiheit d[er] Discussion hinderlich sei.”<sup>10</sup> Die Behörden hatten unterdessen wegen der Auslage verschiedener verbotener Schriften eine Untersuchung gegen das Lesemuseum eingeleitet; 1846 folgte das Verbot des Vereins. Zudem wurden Hildebrand und Bayrhoffer nicht zuletzt aufgrund ihrer Vereinsaktivitäten vom Dienst suspendiert, Hildebrand zeitweilig sogar inhaftiert. Die liberalen Mitglieder des aufgelösten *Lesemuseums* schlossen sich alsbald zum *Neuen Lesemuseum* zusammen, die Konservativen rekonstituierten sich wiederum im *Club*. Die Fronten zwischen den Parteien -Konservative auf der einen und Liberale und Demokraten, noch vereint, auf der anderen Seite- waren somit in Marburg einstweilen geklärt.

Neben den bürgerlich-geselligen Vereinen entwickelte sich jedoch auch ein anderer Vereinstyp in den Jahren vor der Revolution zum Forum der oppositionellen Freiheits- und Einheitsbewegung - nicht selten in weit radikalerer Weise. Denn in den 1840er Jahren erlebte auch die Turnerbewegung in Deutschland einen ungeahnten Aufschwung. Allein etwa 90.000 Turner soll es zu Beginn des Jahres 1848 in Deutschland gegeben haben. Einst von Turnvater Jahn gegen die napoleonische Herrschaft ins Leben gerufen, entwickelte sich die Turnbewegung nach zwischenzeitlichem Verbot in den 40er Jahren zum alters- und schichtenübergreifenden Sammelbecken der Nationalbewegung. Anders als in den bürgerlichen Vereinen stand bei den Turnern das egalitäre Moment im Vordergrund. Das “Du” als Anrede war obligatorisch. Bald wettete man nicht nur gegen das Bundessystem, das die Einheit verhinderte und den Partikularismus stützte, sondern wünschte die Fürsten samt und sonders zum Teufel. Das Ideal einer deutschen Republik gewann unter Turnern zunehmend an Raum.

Im Kurfürstentum Hessen hatten die Turner besonders in dessen Hanauer Südprovinz regen Zulauf. Fanden sich auch im Norden des Kurstaats mehrere Turnvereine, so hielten sich diese von der Politik fern; selbst der 1846 gegründete Turnverein in der hochpolitisierten Universitätsstadt Marburg war in erster Linie ein Sportverein. Nicht nur die Tatsache, dass Hanau und seine Umgebung seit jeher als rebellisch galten. Auch die Lage im Rhein-Main-Raum begünstigte eine schnelle Einbindung in jene Turnvereinsnetzwerke, welche sich besonders im Südwesten des Deutschen Bundes gebildet hatten. Bald schon spielte die Hanauer Turngemeinde innerhalb der regionalen Turnbewegung eine führende Rolle, initiierte weitere Vereinsgründungen im Rhein-Main-Gebiet und drang auf die Verbrüderung von Sängern und Turnern. Zugleich wuchs die - zumindest verbale - Gewaltbereitschaft. Auf der Hattersheimer Turnerversammlung rief der Hanauer Seifensieder und radikale Turner Gottfried Una am 9. Januar 1848 zum revolutionären Umsturz auf und forderte

---

<sup>10</sup> StAM 340 Nachlaß Hupfeld, Bickell an Hupfeld 4. April 1847.

kurzerhand “die Köpfe der Tyrannen”. Doch da hatten die Behörden bereits reagiert; der Hanauer Turnverein war nämlich noch im Dezember 1847 verboten worden und hatte sich einstweilen als Gesangverein getarnt.

Denn tatsächlich erschienen die Gesangvereine vergleichsweise harmlos. Doch auch sie boten genügend Raum für politische Sammlung und Demonstration. Nicht zuletzt die deutsche Nationalbewegung fand im Gesang ein Medium, das wie kaum ein anderes politisierend und mobilisierend wirken konnte, und Nation, das verhiess zu diesem Zeitpunkt in erster Linie Freiheit durch Einheit. Damit wandte man sich jedoch letztlich gegen die bestehende Ordnung des Bundessystems und reihte sich ein in den Kreis der oppositionellen Kräfte. Unter diesem Blickwinkel erschien dann selbst ein vermeintlich unpolitisches Volkslied höchst zweideutig. Das Ausmaß dieser Bewegung, die, anders als gesellige Vereine und Turngesellschaften, parteiübergreifend wirkte, wird deutlich, wenn man sich den Zuspruch vor Augen führt, den die Sängerfeste erfuhren. 14.000 Menschen pilgerten 1844 zum Sängerfest nach Schleswig, das dort erstmalig vorgetragene Lied “Schleswig-Holstein meerumschlungen” erreichte bald darauf den Status einer Marseillaise der Deutschen.

Auch im Kurfürstentum waren die Sänger aktiv. Hier lagen die Zentren der Bewegung wiederum im nördlichen Teil des Landes. In der Regel wurden diese Vereine von den Behörden misstrauisch beobachtet, zumeist jedoch unbehelligt gelassen. Für größere Aufregung sorgte indessen im Sommer 1845 das Marburger Sängerfest, zu dem die drei Gesangvereine der Stadt eingeladen hatten. Nicht nur der überregionale Charakter des Festes erregte den Argwohn der Behörden. Darüber hinaus befürchtete Polizeidirektor Wangemann politische Manifestationen zugunsten des berühmtesten politischen Häftlings der Lahnstadt, Sylvester Jordan. Diese blieben jedoch aus. Gleichwohl hatte man die “Deutsche Eintracht” intoniert, wo es hieß: “ein einzig Deutschland soll es sein [...] Vom Pregel bis zum alten Rhein.” Ganz unpolitisch war das Fest dann doch nicht gewesen. Als Festkomitee fungierten neben anderen immerhin der linksliberale Marburger Bierbrauer und spätere Landtagsabgeordnete Lederer sowie Bruno Hildebrand.

So lässt sich resümieren, dass nicht allein die liberale Nationalbewegung im Kurfürstentum Fuß gefasst hatte, sondern auch die Parteien - ausserhalb des Landtags- in den Vereinen ihren ersten organisatorischen Mittelpunkt gefunden hatten. Formierte sich das städtisch-liberale Bürgertum dabei vorwiegend im geselligen Verein, wo es zumeist in Konflikt mit den konservativ - gouvernementalen Kräften geriet, so wurde die Turnerbewegung zum Sammelbecken der demokratisch-republikanischen Partei.



## II

Die Revolution kam für Kurhessen und seine Parteien überraschend. Ausgehend von Hanau breitete sich die Bewegung nach Norden im Kurfürstentum aus. Deputationen mit den bekannten Märzforderungen nach presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit erreichten die Hauptstadt. Sozialrevolutionäre Forderungen oder gar der Ruf nach Sturz des Kurfürsten fanden in dieser Phase kaum Resonanz. Da der Kurfürst nur zögernd bewilligte, verfassten die Hanauer ihr berühmtes Ultimatum: Sollte sich der Kurfürst diesem Ultimatum verweigern, wollte man sich mitsamt der Südprovinz vom Kurstaat lossagen und dem benachbarten Hessen-Darmstadt anschließen. Das saß; der Kurfürst lenkte ein.

Dabei war er wohl maßgeblich von konservativen Vertrauten beraten worden: dem Kasseler Polizeidirektor Morchutt und dessen Hanauer Kollegen Specht. Sie waren es vermutlich auch, die Bernhard Eberhard als Innenminister und Blitzableiter der Revolution vorschlugen. Damit erfüllte man die vordringliche Märzforderung, Männer in die Regierung zu berufen, die das Vertrauen des Volkes besaßen. Der zweite im Bunde war Karl Wilhelm Wippermann, der gleichfalls zu den liberalen Kammerkoryphäen zählte. Er war in vielem entschiedener als Eberhard; namentlich in Budgetfragen hatte sich Wippermann als zäher Verhandlungsführer gezeigt und sich damit den Zorn der Regierung zugezogen. Mit Eberhard und Wippermann waren jedoch keine Scharfmacher an die Regierung gelangt, sondern gemäßigte Vertreter der liberalen Partei.

Auch der Landtag setzte sich jetzt mehrheitlich aus gemäßigten Liberalen und Reformkonservativen zusammen. Besonders der Adel hatte seine gouvernemental ausgerichteten Stellvertreter abberufen und durch gemäßigttere Persönlichkeiten ersetzt. Somit mutierte auch der kurhessische Landtag nicht zu einem radikalen Revolutionskonvent, sondern suchte als Versammlung der Reformer revolutionskanalisierend zu wirken. Die Liberalen in Regierung und Parlament erwiesen sich auch in der Folgezeit als "Revolutionäre wider Willen" (Th. Nipperdey). Das war ganz im Sinne des konstitutionellen Liberalismus, der die Verfassungsentwicklung erstrebte, den Umsturz fürchtete und daher die Vereinbarung mit der Macht wünschte. In diesem Sinne sprach sich auch das Programm des neuen Ministeriums aus, in diesem Sinne entschied das Vorparlament und in diesem Sinne gestaltete schließlich die Paulskirchenmehrheit ihre Politik, was ihr - je nach Sichtweise - als Verdienst oder Versagen ausgelegt werden sollte.

Ebenfalls nach jene Maximen formierten sich im Kurfürstentum die Keimzellen der politischen Parteiorganisationen: Die Volksräte oder Volkskommissionen, welche sich im März rasch bildeten, verstanden sich in erster Linie als Organe zur Aufrecht-

erhaltung von Ruhe und Ordnung. Namentlich auf dem Lande übernahmen sie nicht selten die Funktion als Koordinationszentren der Schutzwachen, welche anstelle der regulären Bürgerwehren den Schutz von Personen und Eigentum übernahmen. Denn nicht selten kam es zu Übergriffen gegen unliebsame Beamte, wohlhabende Grundbesitzer und - Juden. Das war freilich die andere Seite revolutionärer Gewalt, die wenig mit den heroischen Barrikadekämpfen in Wien und Berlin gemein hatte, die jedoch ihren Eindruck gleichfalls nicht verfehlte und von den wenigsten damals gewünscht wurde.

Auch in neueren Darstellungen zu 1848/49 wird dieses Bedürfnis der meisten Deutschen nach einer möglichst gewaltlosen und unblutigen Revolution bisweilen scharf verurteilt. Doch schon der Berliner Historiker Veit Valentin gab in seiner großen Revolutionsdarstellung 1931 zu bedenken, dass inmitten der bürgerlichen Arbeitswelt schon die psychische Wirkung von Straßenkämpfen die von militärischen Vorgängen der damaligen Zeit um ein Vielfaches übertroffen habe. Denn 1848 blickte man in Deutschland auf eine langjährige Friedensperiode zurück. Und barg der blutige Umsturz, der womöglich im Bürgerkrieg enden würde, nicht auch die größte Gefahr für die bereits bestehenden Landesverfassungen mit ihren Freiheitsverheißungen?

Zumindest im Kurfürstentum spiegelte sich ein solches Empfinden deutlich wider. So sahen die Statuten des Volksrats Fulda vom 3. April 1848 dessen Zweck im Wirken "für Verfassung, Freiheit, Recht und Wohlstand mit allen zulässigen Mitteln" sowie in der Förderung "politischer und sozialer Bildung" des Volkes.<sup>11</sup> Und auch die in den Märztagen neuentstandenen politischen Zeitungen aller Couleur - vom strikt konservativen *Hessischen Volksfreund* August Vilmars, über die liberal-konstitutionelle *Neue Hessische Zeitung* Oetkers und die linksliberalen Blätter *Der neue Verfassungsfreund* und *Die freie Presse*, bis hin zum demokratischen *Hessenboten* aus Hersfeld- stellten den Schutz von Verfassung und konstitutionellem System vor gewaltsamen Angriffen in den Mittelpunkt ihrer Artikel. Von Hersfeld ging dann kaum eine Woche nach den kurfürstlichen Zugeständnissen die Initiative zur Gründung eines *Vereins zum Schutz des verfassungsmäßigen Zustands* aus. Die Initiatoren, die ein ganzes Netzwerk solcher Vereine aufzubauen gedachten, stammten aus der Hersfelder *Vereinsgesellschaft*. Spiritus rector war das Vereinsmitglied Salomon Berlitz, Realschullehrer und nunmehr Redakteur des *Hessenboten*, überdies jedoch ein behördennotorischer Vormärzoppositioneller, der stets einen demokratischen Liberalismus mit Fernziel einer demokratischen Republik verfochten hatte. Gleichwohl zeigt die Namenswahl des *Vereins zum Schutz des verfassungsmäßigen Zustands*, dass auch die demokratische Partei im Kurstaat zunächst fest auf dem Boden und im Rahmen der Verfassung zu

---

<sup>11</sup> Deutsches Bundesarchiv (=DB) 54/74 Regierung Fulda.

handeln gewillt war und den Staatsstreich mehrheitlich ablehnte. Berlitz hatte im Herbst 1847 anlässlich des Erscheinens des Offenburger Programms, jenes ersten Parteimanifests der Demokraten, an Bayrhoffer geschrieben, das meiste davon sei ja bereits in der kurhessischen Verfassung enthalten, es müsse nur zur Entwicklung gebracht werden. Die Gelegenheit schien jetzt, im Frühjahr 1848, gekommen. Mochte Anfang April 1848 auch eine Solidaritätsadresse aus Marburg an die Führer des Badischen Aufstands, Hecker und Struve, von der Präsenz radikaler Kräfte im Kurstaat zeugen, so setzte man dennoch auch von republikanischer Seite zunächst noch große Hoffnungen in ein möglichst frei zu wählendes Nationalparlament.

In der Tat erwiesen sich die Rahmenbedingungen als günstig, den Kurhessen war einer der wenigen Staaten, in denen man das direkte Wahlrecht für die Nationalwahlen beschloss. Bekanntlich hatte das Vorparlament diese Entscheidung den Einzelstaaten überlassen und das direkte Wahlrecht lediglich empfohlen. Die meisten deutschen Staaten hielten jedoch an der "Sicherheitsschranke" einer zweigestuften Wahl fest. Das bedeutete: sogenannte Urwähler wählten einen Kreis von Wahlmännern, die dann ihrerseits den Nationalabgeordneten bestimmten. Auch im kurhessischen Landtag hatte man den Beschluss zugunsten direkter Wahlen nur mit Unbehagen gefällt, da man einen Vorteil für die Kandidaten der demokratischen Partei fürchtete. Dabei war das Kriterium der "Selbständigkeit" als Regulativ erhalten geblieben, demzufolge alle Handwerksgesellen, Dienstboten und Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen waren. Das entsprach wiederum etwa einem Drittel aller erwachsener Männer im Kurstaat. Indessen erwies sich die Befürchtung der Landtagsmehrheit schon bald als unbegründet, denn bis auch zwei Demokraten aus Hanau und Hünfeld wählten die Kurhessen Liberale und Liberal-Konstitutionelle in die Paulskirche. Galten sie daheim als gemäßigt, so fanden diese liberalen Abgeordneten im Fraktionsspektrum der Paulskirche alsbald mehrheitlich ihren Platz im linken Zentrum.

Für die Entwicklung der kurhessischen Parteien bildeten die Wahlen eine weitere wichtige Etappe des Differenzierungsprozesses. Wurde der Wahlkampf in Hanau bereits vom demokratischen Zentralkomitee zu Frankfurt einheitlich gelenkt, so standen in Kassel und Marburg jeweils zwei Wahlkomitees - das eine liberal-konstitutionell, das andere demokratisch-republikanisch, teilweise mit sozialistischen Einsprengseln - in Konkurrenz zueinander. Dabei zeigte sich, dass sich die liberalen Komitees und deren Kandidaten, noch ganz in der vormärzlichen Tradition stehend, als die Partei der Mehrheit sahen und ihren Standpunkt zwischen den Extremen konservativer Reaktion und republikanischer Anarchie - so die zeitgenössischen Schlagworte - zu bestimmen suchten, ohne jedoch klare programmatische Aussagen zu formulieren. Es waren die Honoratioren aus den Bürgervereinen beider Städte, die sich hier in erster Linie als bekannte Vaterlandsfreunde präsentierten und in ihren "politischen Glaubens-

bekanntnissen” bisweilen sogar liberale und demokratische Ansichten miteinander zu versöhnen suchten. Diese Taktik bar freilich Risiken. Vorsorglich vertraute man daher in Kassel darauf, “daß ein Wahlcandidat eines *principiell abweichenden* politischen Glaubensbekenntnisses von vornherein seine Farbe kündegeben und die etwa auf ihn fallende Wahl nicht annehmen werde.”<sup>12</sup>

Ganz anders dagegen die beiden sogenannten *Freisinnigen Komitees* der Demokraten. Das Marburger Komitee unter Leitung Bayrhoffers stand in engem Kontakt zur Frankfurter Zentrale und propagierte ein dezidiertes Programm, welches für Deutschland einen “Bundesfreistaat” mit einem gewählten Präsidenten an der Spitze vorsah. Ferner wolle man sich künftig für ein freies und allgemeines Wahlrecht für alle volljährigen Männer einsetzen, und in diesem Sinne forderte Bayrhoffer die jetzt vom Wahlrecht Ausgeschlossenen auf, bei den Wahlkommissionen vorstellig zu werden und ihren Stand zu Protokoll zu geben, damit die Paulskirche daraus ihre Schlüsse bei den bevorstehenden Verhandlungen ziehe. Deutlicher sprach sich das Kasseler *Komitee der Freisinnigen* unter Leitung des Gewerbeschullehrers Karl Georg Winkelblech aus. Denn das Kasseler Komitee sah sich als Sprachrohr der “Unterdrückten und Armen, deren Wortführer wir sind.”<sup>13</sup> Drei Parteien, so Winkelblech, ließen sich im Kurstaat je nach dem Grad ihrer Freisinnigkeit unterscheiden: Neben der “*nicht freisinnige[n]* Partei, welche auch despotische [oder] legitimistische” genannt werde, gebe es “die *halb freisinnige* oder *constitutionelle*” Partei, die wiederum drei Schattierungen aufweise. Demgegenüber warb Winkelblech für seine “*ganz freisinnige, radicale oder republikanische Partei*” und setzte sich für eine “Organisation der Arbeit” ein, wobei er prophezeihte, “daß, ehe ein Jahr vergeht, *jede Regierung gestürzt sein wird, welche es unterläßt, die Arbeit zu garantiren.*” Damit avancierte der Kasseler Gelehrte freilich rasch zum Bürgerschreck; gerade einmal 57 Stimmen entfielen in der Residenz auf Winkelblech. Auch im Marburger Raum warnte der liberal-konstitutionelle Obergerichtsrat Rang die Wähler seines Amöneburger Amtsbezirks vor dem Kandidaten der Partei “‘Alles drunter und drüber’ und am Ende Franzosenhaufen und Russenhorden.”<sup>14</sup> Das galt Bayrhoffer, der in den ersten Märztagen 1848 ein Manifest an die republikanischen Brüder in Frankreich verfasst hatte.

Waren Republikaner und Frühsozialisten bei den Frühjahrswahlen in den althessischen Gebieten auch ins Hintertreffen geraten, so hatten sie dennoch mittels ihrer scharfen programmatischen Vorstöße erheblich zur Parteiendifferenzierung im Kurstaat beigetragen.

---

<sup>12</sup> Neue Hessische Zeitung, Nr.10, 15.April 1848.

<sup>13</sup> StAM 330 Zierenberg, Nr. A 120; dort auch die folgenden Zitate (Hervorhebungen im Original).

<sup>14</sup> UB Marburg, Flugblattsammlung, Dok.62.

### III

In den Wochen nach den Wahlen schossen überall im Kurfürstentum Parteivereine mit Programm und Zielrichtung aus dem Boden. Bis zum Jahresende 1848 entstanden so über 80 liberale und demokratische Vereine; bis zum Sommer des darauffolgenden Jahres wuchs ihre Zahl auf das Doppelte an. Allein die überlieferten Mitgliederzahlen (das betrifft etwa 2/3 aller bekannten Vereine) lassen die vorsichtige Schätzung zu, dass sich wohl an die 19.000 Männer 1848/49 einem politischen Verein anschlossen, was in etwa 10% aller erwachsenen Männer in Kurhessen entspräche. Bei diesen politischen Vereinen handelte es sich ganz überwiegend um Neugründungen, überwogen bei weitem personelle und nicht organisatorische Kontinuitäten. Nur ganz vereinzelt erklärten 1848 bereits bestehende, vormals gesellige Vereine, dass sie nunmehr auch politische Zwecke verfolgten. Das betraf etwa den *Bürgerverein* Fulda von 1832 und den Marburger *Bürgerverein*. Organisatorische Kontinuitäten wiesen hingegen die Turner auf.

Gemeinhin wird den Demokraten bei der Parteiorganisation 1848 eine Vorreiterrolle zugeschrieben; die Parteivereinsbildung der Liberalen sei dagegen ‘mit schlechtem Gewissen aus der Defensive heraus geschehen, um dieses Feld nicht völlig den Konkurrenten überlassen zu müssen’ (D. Langewiesche). Das trifft für Kurhessen nur bedingt zu. Gewiss, in Kassel hatten sich die Demokraten unter Führung des *Komitees der Freisinnigen* im Mai 1848 zum *Demokratisch-sozialen Verein* zusammengeschlossen, woraufhin die Liberalen Anfang Juni mit dem Kasseler *Bürgerverein* ein politisches Gegengewicht zu schaffen suchten. Doch in den übrigen vier Provinzhauptstädten des Landes organisierten sich die Liberalen zuerst.

Ende April 1848 gründete Heinrich von Sybel in Marburg den liberalen Vaterlandsverein, dessen Programm im Kernsatz gipfelte: “in und für Kurhessen ist die Revolution, d. h. die Zeit der gewaltsamen Staatsänderungen geendigt.”<sup>15</sup> Damit bekannte man sich zu den Märzerrungenschaften innerhalb des konstitutionellen Systems und grenzte sich deutlich von den Republikanern um Bayrholder ab, für die die Revolution allenfalls steckengeblieben war. Bayrholder zog denn auch sofort nach und rief Anfang Mai 1848 den *Demokratischen Verein* ins Leben, der sich später, nach Vereinigung mit dem *Arbeiterverein*, in *Demokratisch-sozialistischer Verein* umbenannte. Dessen Mitglieder verscrieben sich der Hinwirkung auf eine demokratisch-soziale Republik auf gesetzlichem Wege.

---

<sup>15</sup> Programm und Statuten des Vereins sind vollständig abgedruckt in M. Lemberg (Hrg.): Zwischen Unterdrückung und Widerstand. Der Vormärz in Kurhessen und die Revolution von 1848, Marburg 1994, S. 59 ff.

Selbst in Hanau ergriffen die Liberalen als erste die Initiative und gründeten am 10. Mai 1848 den *Politischen Verein*, dessen ursprünglicher Name *Verein zur Beförderung des wahren politischen Fortschritts* lautete. Das war der erste rein politische Zusammenschluss in dieser Stadt. Denn das links-revolutionäre Potential hatte sich zunächst in einem *Arbeiterverein* organisiert, der sich jedoch scharf vom Bürgertum abgrenzte und nicht einmal Handwerksmeister als Mitglieder zuließ. Erst im Juni fand die Linke mit dem *Demokratischen Verein* zu einer rein politischen Plattform in der Mainstadt. In Fulda schließlich prägten lange Zeit der gemäßigt - liberale *Bürgerverein* sowie der dortige *Volksrat* das politische Profil der Stadt. Die Fuldaer Demokraten schlossen sich erst im November 1848 in einem eigenen Verein zusammen. Dieser Gründung waren jedoch mehrere Sammlungsversuche der Fuldaer Demokraten vorangegangen. So hatte sich im Oktober ein *Volksverein* gebildet, der kurze Zeit neben einem *Freien Volksverein* bestand. Erst anlässlich der Trauerfeierlichkeiten für den zu Wien standrechtlich erschossenen demokratischen Paulskirchenabgeordneten Robert Blum vereinigte man sich als *Demokratischer Verein*.

Diese Orientierungsphasen der kurhessischen Linken lassen sich nicht nur in Fulda beobachten. Eine Rolle spielten dabei zusehends die mehr oder minder gewollte sozialistische Ausrichtung oder der Grad der politischen Radikalisierung, welche im Verlaufe des Jahres 1848 zunehmen sollte. In Kassel etwa trennte sich Winkelblech schon nach kurzer Zeit vom dortigen *Demokratisch-sozialen Verein* und gründete im Juli 1848 einen *Arbeiterverein*, der immerhin an die 1.300 Mitglieder hatte und die Vertretung der materiellen Interessen von Arbeitern und Unterschichten übernahm. Fortan fungierte der *Demokratisch-soziale Verein* als rein politisches Organ und ließ die sozialreformerischen Inhalte in den Hintergrund treten. Dem Verein schlossen sich etwa 500 Personen an, überwiegend "unselbständige junge Leute", wie die Kasseler Polizeidirektion vermeldete.<sup>16</sup> Die linksliberale Freie Presse machte sich schon im Sommer 1848 über den Enthusiasmus der Jungrepublikaner lustig: Diese seien zumeist Freiheit! singende Jünglinge mit "Polkahaar und Brille, um sich die Augen zu verderben und Hoffnung auf einen Bart." Solch ein Republikaner "kommt aus dem Wirtshaus, ruft Freiheit, demolirt eine Laterne und rennt einen Krüppel über den Haufen!"<sup>17</sup> Und der liberale Neue Verfassungsfreund aus Marburg rümpfte etwa zur selben Zeit über das burschikose Auftreten der dortigen Demokraten die Nase und schrieb: "Wird so der Begriff der Volkssouveränität aufgefaßt, so muß man consequent,

---

<sup>16</sup> Bericht vom 30.10.1848 in U .v. Nathusius/H. Seier (Bearb.): Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848-1866, Marburg 1987, Dok. 47, S.102 ff.

<sup>17</sup> Die freie Presse, Nr.41, 15.Juni 1848.

wenn ein paar Gassenbuben Lärm auf der Straße machen, seinen Hut ziehen vor dem souveränen Volke.”<sup>18</sup>

Der Radikalrepublikanismus mancher Hitzköpfe führte jedoch auch in den eigenen Reihen mitunter zu Abgrenzungen. Im Frühjahr 1849 riefen gemäßigte Kasseler Demokraten als Abspaltung vom *Bürgerverein* einen *Verein für Volksrechte* ins Leben, der zwar die Volkssouveränität in seinem Programm betonte, sich aber dennoch klar von den Radikalrepublikanern des *Demokratisch-sozialen Vereins* abgrenzte. Parallelen zu Kassel ließen sich auch in Marburg erkennen, wo Leopold Eichelberg im Sommer 1848 einen *Verein der reinen Republikaner* als ausschließlich politische Alternative zu Bayrhofters *Demokratisch-sozialistischem Verein* zu etablieren versuchte. Der Schock infolge der Erschießung Blums führte jedoch im November desselben Jahres wieder zur Fusion der Marburger Linken.

Nicht nur in den Provinzzentren, sondern auch andernorts bildeten sich im Kurfürstentum rasch politische Vereine. Bald verfügte nahezu jede größere Stadt über wenigstens zwei Vereine, welche die konkurrierenden Prinzipien -demokratie auf Basis vollständiger Volkssouveränität hier, Liberalismus auf der Grundlage einer konstitutionellen Monarchie dort- verkörperten. Nicht selten fand sich außerdem ein Turnverein sowie ein parteiübergreifender Volksrat. Turn- und Arbeitervereine hielten dabei zumeist engen Kontakt zur örtlichen Demokratie. Auf dem Lande setzten sich die Parteivereine nur langsam durch. Vielfach blieb man hier beim Institut des Volksrats, der mitunter mehrere Gemeinden vertrat.

Das Übergewicht lag bis zur Jahresmitte 1848 klar bei den liberalen Vereinen, die ihren Sitz wiederum mehrheitlich in den althessischen Gebieten hatten. Dabei nahmen der Kasseler *Bürgerverein* und der Marburger *Vaterlandsverein* eine Sonderstellung ein. Denn im rund 1.100 Mitglieder zählenden Kasseler Verein versammelte sich nahezu alles, was in der Regierungssphäre des Kurstaates Rang und Namen oder in den Schaltstellen von Justiz, Verwaltung und Militär das Sagen hatte. Hohe Offiziere und Beamte, Richter des Oberappellationsgerichts sowie der eine oder andere Regierungskommissar oder gar Märzminister (z.B. Kriegsminister Oberstleutnant Weiß und der letzte Märzaußenminister Wintzingerode) trafen sich im *Bürgerverein*. Nimmt man noch die Vereinsmitglieder hinzu, die im Landtag oder über die Presse als Meinungsbildner wirkten, so wird der komplexe Charakter des Kasseler *Bürgervereins* als Parteizentrale des regierenden Liberalismus im Kurstaat deutlich. Bezeichnenderweise traten die inoffiziellen Kabinettschefs Eberhard und Wippermann dem Verein nicht bei; offenbar wollten sie damit ihre unabhängige Stellung im konstitutionellen

---

<sup>18</sup> Der neue Verfassungsfreund, Nr.38, 5.Juni 1848.

System -nämlich zwischen Volk und Kurfürst- demonstrieren und sich nicht dem Verdacht aussetzen, sie seien höchste Vertreter der Mehrheitspartei.

Sybel's Vaterlandsverein dagegen fungierte bis zum Herbst 1848 als Bollwerk des oberhessischen Liberalismus gegen die Demokraten in Marburg, Wetter und Frankenberg, die zunehmend an Einfluss gewannen. Die rund 400 Mitglieder des Vereins kamen überwiegend aus dem städtischen Kleinbürgertum. Die Führung hatten indessen jüngere Professoren aus dem Kreis des einstigen *Lesemuseums* inne. Kaufmann Eberhard vertrat die alteingesessenen Marburger im Vereinspräsidium. Zusammen mit Sybel und anderen hatte Eberhard den *Neuen Verfassungsfreund* gegründet; der *Vaterlandsverein* verfügte somit sogar über ein eigenes Presseorgan. Beste Voraussetzungen also für eine erfolgreiche Parteiarbeit. Doch die kurhessische Wahlrechtsfrage führte im Sommer 1848 zur Spaltung des Vereins und läutete dessen Ende ein.

Nach den verhältnismäßig freien Nationalwahlen im Frühjahr war der Ruf nach einer grundlegenden Reform des umständlichen und ungleichen Landtagswahlrechts immer lauter geworden. Besonders die kurhessischen Demokraten entwickelten in dieser Frage rege Aktivitäten, initiierten großangelegte Petitionskampagnen und mobilisierten die Menschen in Stadt und Land für ein möglichst freies und direktes Wahlrecht aller erwachsenen Männer. In diesem Sinne hatte sich unter der Leitung des mittlerweile demokratisch dominierten Volksrats auch eine Marburger Volksversammlung ausgesprochen und eine entsprechende Petition an Ministerium und Landtag beschlossen. Zuvor war Sybel mit einem eigenen Wahlgesetzvorschlag hervorgetreten, der allenfalls behutsame Reformen verhieß, jedoch die Zensuschranke ausdrücklich gewahrt wissen wollte. Das führte zahlreiche Mitglieder des *Vaterlandsvereins* in innere Konflikte, hatten sie sich doch der Volksratsadresse angeschlossen. Kurzerhand verließen sie den Verein und traten der Bayrholfer - Partei bei. Sybel suchte noch verzweifelt zu vermitteln, indem er zu einer Generalversammlung einlud und versicherte, "dass auch wer nicht [mit dem Sybelschen Wahlgesetzentwurf, M.G.] einverstanden ist, aus dem Vereine keineswegs auszutreten braucht, weil man verschiedene Ansichten über *eine* Frage haben, und in andern Dingen doch im Vereine zusammenwirken kann."<sup>19</sup>

Indes, hier gab es keine Vermittlung; in der Frage künftiger Mitbestimmung schieden sich die Parteien endgültig. Das wurde auf dem sogenannten Hersfelder Kongress im August 1848 deutlich, der ursprünglich der Koordinierung der Kandidaten bei den kommenden Landtagswahlen dienen sollte. Denn alsbald stand auch dort die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt, und die Delegierten der einzelnen Parteivereine

---

<sup>19</sup> UB Marburg, Flugblattsammlung, Dok.112.



lieferten sich erstmals einen öffentlichen Schlagabtausch. Dabei schienen die Demokraten von ihrer Wahlgesetzkampagne, die sich bis zum Frühjahr 1849 hinzog, erheblich zu profitieren. Denn im Herbst und Winter 1848/49 stieg die Zahl ihrer Parteivereine deutlich an.

Begünstigt wurde diese Entwicklung freilich durch die allgemeine politische Wetterlage, die einer Radikalisierung Vorschub leistete. Denn in Berlin und Wien hatte die Reaktion ihre wahre Stärke unverhohlen gezeigt, womöglich würde sich alsbald auch in Frankfurt sowie im übrigen Deutschland das Blatt wenden. Die Paulskirche hatte überdies mit ihrer Zustimmung zum Malmöer Waffenstillstand zwischen Preußen und Dänemark (September 1848) in den Augen der Demokraten allen Kredit verspielt. In Marburg forderte man schon die sofortige Abberufung des "Verräters" Sylvester Jordan, der für den Waffenstillstand gestimmt hatte. Und der kurhessische Abgeordnete der Linken August Rühl verlangte die sofortige Auflösung des Frankfurter Parlaments und Neuwahlen. Unterdessen sorgte die gezielte Agitation der kurhessischen Demokraten auf dem Lande auch dort für eine zunehmende Akzeptanz republikanischer Ideen und Prinzipien. Erbst meldete der Hersfelder Landrat von Loßberg im November 1848 an das Ministerium über den demokratischen Verein seines Bezirks, dass dieser mittlerweile sogar "den Landmann zu sich heranzieht, und dessen gesunde Ansichten zu verpesten sucht, auch diesen in seinen Wohnungen aufsucht, und zu Unterschriften von Petitionen [...] an die äußerste Linke der Nationalversammlung in Frankfurt [...] veranlasst."<sup>20</sup>

Das führt zu der Frage nach der überregionalen Verflechtung der kurhessischen Parteien und ihrem Einfluss auf die einzelstaatlichen und nationalen Machtzentren während der Revolution. Zumindest die Liberalen verfügten mit dem Kasseler *Bürgerverein* über eine direkte Verbindung zu den maßgeblichen Institutionen des Kurstaats. Das Bemühen um die Bildung landesweiter liberaler Organisationsstrukturen verlief jedoch rasch im Sande. Im November 1848 ergriff dann der Kasseler *Bürgerverein* die Initiative und rief den *Nationalen Verein für Deutschland* als Stütze der Paulskirche gegen Links wie Rechts ins Leben. Im Winter 1848/49 schwenkte der *Nationale Verein* auf die preußisch-kleindeutsche Linie ein. Zwar schlossen sich diesem liberalen Dachverband bis zum Frühjahr 1849 160 Vereine an, allein 30 davon aus Kurhessen. Dennoch kam eine direkte Verbindung mit den Nationalvertretern des rechten und linken Zentrums in der Paulskirche nicht zustande.

Ganz anders dagegen Demokraten und Republikaner. Ihr Organisationsgeflecht war von vornherein durchstrukturierter als das ihrer liberalen Konkurrenten. Angefangen bei der örtlichen Vereinsorganisation (der Kasseler *Demokratisch-soziale Verein* war streng

---

<sup>20</sup> DB 54/74, Bericht vom 4. November 1848.

hierarchisch gegliedert und unterhielt in den einzelnen Stadtteilen sogenannte "Sektionen" mit einem Sektionschef an der Spitze) über die von Frankfurt zentral gelenkte Wahlkampfzentrale bis in die Paulskirche hinein spann man von demokratischer Seite ein dichtes Netz. Im Frühsommer und Herbst 1848 fanden große Demokratenkongresse in Frankfurt und Berlin statt, auf denen Programm-, Organisations- und Strategiefragen verhandelt wurden. Initiator des ersten Demokratenkongresses war kein anderer als Bayrhoffer gewesen. Das war die Stärke der Linken, der freilich die Absicherung durch reale Macht fehlte, auf die die Liberalen sich über die Märzministerien - zumindest zeitweilig - stützen konnten.

Ende 1848 gründeten dann mehrerer Paulskirchenabgeordnete der "Vereinigten Linken" den *Centralmärzverein*, der als Pendant zum *Nationalen Verein* betrachtet werden kann, sich aber - anders als dieser - ausschließlich gegen die Reaktion von rechts wandte. Während der sogenannten Reichsverfassungskampagne im Frühjahr 1849 schlossen sich dem *Centralmärzverein* deutschlandweit etwa 1.000 Vereine mit insgesamt wohl einer halben Million Mitgliedern an. Auch in Kurhessen mobilisierte das drohende Scheitern der Einheits- und Freiheitspläne der Paulskirche nochmals sämtliche Vereine. Vereinzelt führte dieser Politisierungsschub bei beiden Parteien zu neuen Vereinsgründungen. In Hanau, wo man durchaus gewillt war, der Reichsverfassung notfalls mit Gewalt zur Geltung zu verhelfen, arbeiteten *Politischer Verein* und *Demokratischer Verein*, bis dahin streng voneinander geschieden, eng zusammen und bildeten einen gemeinsamen Rüstungsausschuss, der die Bewaffnung von Freischaren und Turnern organisierte. Denn besonders von demokratischer Seite erhoffte man jetzt eine Neuauflage der Märzbewegung; diesmal jedoch würde man die Revolution sofort weitertreiben.

Scheiterten auch Reichsverfassung und Paulskirchentum, so prägten die Parteien weiterhin das Geschehen auf Landesebene. Das kurhessische Wahlrecht war im Frühjahr 1849 nach zähen Verhandlungen reformiert worden. Der Landtag setzte sich nicht mehr ständisch gegliedert zusammen, sondern kannte jetzt nur noch die drei Gruppen der Städter, Landbewohner und Höchstbesteuerten. Auch waren die Zensussschranken herabgesetzt und die direkte Wahl eingeführt worden. Das kam durchaus den Demokraten zugute, die von Wahl zu Wahl ihre Ergebnisse verbessern konnten und 1850 mit Bayrhoffer sogar den Kammerpräsidenten stellten. Dabei hatten sie die größten Zugewinne auf dem Lande verzeichnen können, während sich die Kandidaten der liberal-konstitutionellen Partei ihre Mandate zusehends über den kleinen Kreis der Höchstbesteuerten sicherten. Überspitzt gesagt: Wuchsen die Demokraten allmählich zur Volkspartei heran, so entwickelten sich die Liberalen zur Klassenpartei von Bildung und Besitz. Bei Einsetzen der Reaktion 1850 und dem daraus folgenden Steuerkonflikt mit dem reaktionären Ministerium Hassenpflug

profitieren die Liberalen freilich davon, dass ihre Parteimitglieder Schlüsselstellen im kurhessischen Staatsapparat besetzen. Denn der Widerstand wurde wesentlich von Mitgliedern des Kasseler *Bürgervereins* getragen.

Sowohl die entscheidenden Gerichtsinstanzen als auch beträchtliche Teile der ausführenden Verwaltungsorgane waren mit Mitgliedern des Kasseler *Bürgervereins* oder dessen über den *Nationalen Verein* angeschlossenen Gliederungen besetzt. Allein das Oberappellationsgericht, dessen Entscheidung zuungunsten der Regierung immerhin auch bei dem einen oder anderen prinzipiell gouvernementalen Beamten zu ernststen Bedenken gegen die Hassenpflugschen Anordnungen führte, setzte sich zu wenigstens drei Vierteln aus Mitgliedern der liberal-konstitutionellen Partei zusammen. Fast schwerer noch wog jedoch der mit über 9% verhältnismäßig hohe Anteil der Parteimitglieder an den 233 kurhessischen Offizieren, die auf dem Gipfelpunkt der Krise schließlich den Abschied nahmen und das Ministerium vollends isoliert zurückließen.

Doch mittels Bundesexekution wurde dieses letzte Kapitel der kurhessischen Revolution Ende 1850 unvermittelt geschlossen. Die politischen Vereine wurden verboten, zahlreiche Demokraten und Liberale mussten fliehen, einige verbüßten Haftstrafen oder waren anderen Repressalien ausgesetzt. Die Verfassung erlitt jetzt eine gründliche Revision, freilich nicht in liberalem oder gar demokratischem Sinne. Die Reaktion hatte auch im Kurstaat für die kommenden rund zehn Jahre das Heft fest in der Hand. Mit der Bildung des *Kurhessischen Treubundes für Fürst und Vaterland* im November 1850 meldete sich jetzt auch die konservative Partei zu Wort. Gänzlich verstummt war sie ja während der Revolution keineswegs. August Vilmar hatte allen Anfeindungen zum Trotz seit März 1848 seine hochkonservativen Ansichten im *Hessischen Volksfreund* vertreten und war sogar dem Marburger *Vaterlandsverein* beigetreten. Das war durchaus kein unübliches Verhalten; auch der Kurfürst - Vertraute Morchutt schloss sich 1848 dem Kasseler *Bürgerverein* an. Nicht nur das zeugt von der Anpassungsfähigkeit vieler Konservativer, die bei weitem nicht alle zu den Reaktionären zählten. Immerhin hatte ein Teil der reformkonservativen Adligen in der Kammer mit der Zustimmung zum neuen Wahlgesetz seine eigene Abschaffung als Landstand beschlossen, um eine schwere Regierungskrise zu verhindern. Dem *Treibund*, der sich allzu spät konstituierte, war indessen keine längere Lebensdauer beschieden.

Währenddessen überwinterten die Anhänger der prägenden Revolutionsparteien, Demokraten und Liberale, nunmehr vereint als die Partei, welche eine Rückkehr zur 1831er Verfassung erstrebte. Sie tat dies wieder verdeckt, im geselligen Verein, vermochte aber bisweilen, ihre Kandidaten in die Zweite Kammer des kurhessischen Landtags zu entsenden. Erst die "Neue Ära" brachte auch dem untergehenden Kurstaat einen neuen "Parteienfrühling".